



Landesdelegiertenversammlung der Freien Wähler Bayern, 28.6.2003 in Kaufbeuren

**FREIE WÄHLER  
Bayern e.V.**

## **Resolution der Freien Wähler Bayern zur Neuordnung der Gemeindefinanzen**

Die deutschen Städte und Gemeinden stehen vor dem finanziellen Abgrund. Abhilfe kann nur die schnelle Umsetzung einer umfassenden Gemeindefinanzreform schaffen. Die Freien Wähler Bayern fordern die Umsetzung des von ihnen entwickelten

### **Zwei-Säulen-Modells.**

#### **1. Erste Säule: Reform der Gewerbesteuer**

- a) Die Kommunen müssen auch in Zukunft berechtigt sein, Gewerbesteuer zu erheben. Das stärkt das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und schafft Anreize zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben.
- b) Die Gewerbesteuer muss den Kommunen künftig in voller Höhe verbleiben. Die Gewerbesteuerumlage muss abgeschafft werden.
- c) Wer Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft, muss in Zukunft bei der Gewerbesteuer deutlich entlastet werden.
- d) Die Möglichkeit der Verlustverrechnung, insbesondere mit Auslandsstandorten, muss eingeschränkt werden.
- e) Die Gewerbesteuerfreibeträge müssen zur Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen erhöht werden. Im Gegenzug soll der Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen auf alle Selbständigen erweitert werden. Es bleibt bei der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer.

#### **2. Zweite Säule: Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Kommunen**

Um finanzschwachen Gemeinden bei der dauerhaften Finanzierung ihrer Pflichtaufgaben zu helfen, soll der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöht werden. Mit dieser Forderung greifen die Freien Wähler einen Vorschlag des ehemaligen Bundesfinanzministers Theo Waigel auf, den die bayerische Staatspartei bis heute nicht umgesetzt hat. Die Erhöhung des kommunalen Umsatzsteueranteils wäre ein Ausgleich für Ungerechtigkeiten und Nachteile, die den Gemeinden durch die Nichtbeachtung des Konnexitätsprinzips im Lauf der Jahre entstanden sind.

Die Freien Wähler Bayerns sind überzeugt, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen die kommunalen Finanzen und die kommunalen Selbstverwaltung stärken. Zudem wird das Investitionsklima im Land verbessert sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen.